

Kantonale Datenschützer wollen endlich Fichen sehen

Staatsschutzskandal: Nachrichtendienst soll Einsicht in die Akten gewähren

Von Catherine Boss

Zürich Jetzt haben die kantonalen Datenschutzbeauftragten genug: Seit Jahren fichieren Staatsschutzbeamte in den Kantonen Personen und Organisationen, doch den Datenschützern wird jeglicher Einblick in diese Arbeit verwehrt. Zwei- bis dreimal pro Woche erhalten die Polizisten einen Auftrag vom Nachrichtendienst des Bundes (NDB) - dies geht aus dem GPDel-Bericht hervor, dessen Publikation den Fichenskandal vergangene Woche auslöste.

Im Auftrag des NDB fichieren die Polizisten schweizweit Zehntausende von Personen und Gruppen. Gleichzeitig existieren in vielen Kantonen auch kantonale Staatsschutzdatenbanken. Die genaue Zahl dieser Fichen kennen die kantonalen Datenschützer nicht. «Im Kanton Bern waren es vor zwei Jahren rund 1800 Datensätze - doch es sind sicher mehr fichierte Personen», sagt der Datenschutzbeauftragte Markus Siegenthaler. Für den Kanton Aargau sagt die Datenschutzbeauftragte Gunhilt Kersten: «Wir kennen die Zahl der Datensätze nicht.»

Nachrichtendienst behauptet, Daten gehörten ihm

Nicht nur das bleibt geheim. Die Datenschützer dürfen nicht prüfen, ob überhaupt sinnvoll ist, was die Beamten fichieren. Der Basler Datenschutzbeauftragte Beat Rudin: «Es ist eigentlich unsere Aufgabe, zu prüfen, ob die Arbeit dieser Polizisten datenschutzkonform ist. Das ist sie aber nur, wenn auch staatsschutzrelevant ist, was sie nach Bern liefern. Dass dem nicht so ist, zeigt das Beispiel der fichierten Basler Grossräte oder einer Ehrendoktorin der Rechtsfakultät der Uni Basel.»

Rudins Berner Kollege Siegenthaler sagt: «Ich kann nicht sicherstellen, dass unter den fichierten Personen in meinem Kanton keine Leute sind, die unschuldig verdächtigt werden.»

Die Einsichtsverweigerung begründet der NDB gegenüber den Datenschützern so: Weil er den Auftrag erteile, gehörten die Daten ihm - auch wenn sie von einer kantonalen Stelle beschafft worden seien.

Falsch, kontert die Datenschutzbeauftragte Ursula Stucki (BL): «Diese Beamten erhalten zwar die Aufträge aus Bern, sie unterstehen aber dem Personalrecht und damit auch unserer kantonalen Verfassung. Ich muss ihre Arbeit kontrollieren können.»

«Bern entscheidet nicht, was ich sehen darf und was nicht»

Weil die Aufsicht beim NDB versagt hat, wie der GPDel-Bericht zeigt, wollen die Datenschützer jetzt handeln. Sie verlangen eine starke Aufsicht im Kanton. Deshalb haben sie eine Arbeitsgruppe «Innere Sicherheit» eingesetzt. «Es muss die Frage geklärt werden, welche Kompetenzen die Datenschützer auch ohne Zustimmung vom Bund haben, um Daten zu prüfen», sagt Aargaus Datenschützerin Kersten, Leiterin der Arbeitsgruppe. Bis zum Herbst soll ein Bericht vorliegen.

Vor einem Monat haben die kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren erreicht, dass ihnen der NDB wenigstens eine Liste der Tätigkeitsfelder des Nachrichtendienstes zustellt. Das reicht aber nicht - die Datenschützer wollen die Fichen sehen.

Offenbar steigt jetzt der Druck auf den Nachrichtendienst. Insider sagen, es komme bereits Bewegung in die Sache, der NDB zeige seit kurzem Kompromissbereitschaft. Jedenfalls findet im Kanton Zürich nach anfänglich massivem Widerstand des NDB eine erste Kontrolle statt. Unklar ist, wie viel Einblick die Zürcher Kontrolleure erhalten. Der Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich, Bruno Baeriswyl, will sich zur Sache nicht äussern.

Seit gestern ist entschieden, dass auch der Basler Datenschutzbeauftragte Rudin dem NDB ein Gesuch stellen wird, um in Basel die Fichen zu prüfen.

In Genf will die Datenschutzbeauftragte Isabelle Duboisforsch vorgehen: «Mein Ziel ist es, bis Ende Jahr die Fichen zu kontrollieren - dabei wird nicht Bern entscheiden, was ich sehen darf und was nicht.»